

# Härtefallordnung

## des Studentenrates der Technischen Universität Dresden

Erstellt am 1. Mai 2019.

<b>Inhaltsverzeichnis</b>			
<b>§ 1 Allgemeines</b>	<b>2</b>	<b>§ 4 Form und Fristen</b>	<b>2</b>
<b>§ 2 Antragsberechtigte</b>	<b>2</b>	<b>§ 5 Verfahren</b>	<b>3</b>
<b>§ 3 Einkommensbegriff</b>	<b>2</b>	<b>§ 6 Haushaltsvorbehalt und Rechtsanspruch</b>	<b>3</b>
		<b>§ 7 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen</b>	<b>3</b>

## § 1 Allgemeines

(1) <sup>1</sup>In besonders schwerwiegenden, sozialen und wirtschaftlichen Notlagen kann die Studentenschaft der TU Dresden einzelnen Mitgliedern der Studentenschaft den Studentenschaftsbeitrag, die Kosten des Semestertickets sowie den Semesterbeitrag für das Studentenwerk auf Antrag zurückerstatten.

## § 2 Antragsberechtigte

(1) <sup>1</sup>Antragsberechtigt sind alle Mitglieder der Studentenschaft der TU Dresden. <sup>2</sup>Die Antragstellerin hat in angemessenem Umfang zur Verbesserung ihrer finanziellen Situation beizutragen. <sup>3</sup>Der Bezug von Unterhaltsleistungen sowie anderen Sozialleistungen hat Vorrang vor der Anerkennung als Härtefall.

(2) <sup>1</sup>Es können grundsätzlich nur tatsächlich getätigte Zahlungen erstattet werden.

(3) <sup>1</sup>Befindet sich die Antragstellerin im Zweitstudium, ist eine Rückerstattung nur in begründeten Ausnahmefällen möglich.

(4) <sup>1</sup>Beurlaubte Studentinnen sind grundsätzlich antragsberechtigt.

(5) <sup>1</sup>Die Anzahl der genehmigungsfähigen Anträge ist auf die Hälfte der Regelsemester des jeweiligen Studienganges begrenzt. <sup>2</sup>Bei einer ungeraden Anzahl an Regelsemestern wird auf das jeweils volle Semester aufgerundet. <sup>3</sup>Für Studierende im Teilzeitstudium gilt die auf der aktuellsten Immatrikulationsbescheinigung festgesetzte Regelstudienzeit als maßgebend.

(6) <sup>1</sup>Ablehnungen von Härtefallanträgen beeinflussen nicht die Höchstbezugsdauer.

(7) <sup>1</sup>Ausgenommen von Abs. 5 Satz 1 sind Studentinnen ohne Arbeitserlaubnis und Studentinnen mit einer chronischen Krankheit bzw. Behinderung, sowie Studentinnen mit familiären Verpflichtungen. <sup>2</sup>Anträge die vor dem Sommersemester 2015 gestellt wurden, fallen nicht unter die Höchstbezugsdauer.

(8) <sup>1</sup>Abweichend von Abs. 5 Satz 1 können Antragstellerinnen eine Bescheinigung über prinzipielle Bedürftigkeit erhalten. <sup>2</sup>Eine finanzielle Beihilfe wird nicht mehr geleistet.

## § 3 Einkommensbegriff

(1) <sup>1</sup>Einkommen im Sinne dieser Ordnung sind alle Einkünfte nach § 2 Abs. 1 und 2 EStG (insbesondere Einkommen aus selbstständiger und nicht-selbstständiger Arbeit), Stipendien, freiwillige Zuwendungen Dritter, alle Unterhaltsansprüche sowie alle staatlichen Sozialleistungen, insbesondere Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Wohngeld und Kindergeld.

(2) <sup>1</sup>Nicht zum Einkommen zählen das Elterngeld bis zu einer Höhe von 300 Euro und Mutterschaftsgeld.

(3) <sup>1</sup>Die Einkommensgrenze für eine Bewilligung des Antrags setzt sich aus einem Freibetrag pro Person zusätzlich angemessener Mietkosten und Wohnnebenkosten (Wasser, Strom, Heizung), Gebühren für einen Internetanschluss (sofern diese selbst zu entrichten sind) sowie Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, wenn diese selbst zu zahlen sind, zusammen. <sup>2</sup>Selbst zu zahlender Rundfunkbeitrag kann bei entsprechendem Nachweis ebenfalls angerechnet werden.

<sup>3</sup>Der Freibetrag wird jährlich vom Plenum im Oktober mit einfacher Mehrheit festgelegt, muss jedoch mindestens 340€ pro Person betragen und auf der Homepage veröffentlicht werden. <sup>4</sup>Er gilt, solange kein neuer Beschluss gefasst wurde.

<sup>5</sup>Die Angemessenheit der Wohn- und Nebenkosten richtet sich nach der ortsüblichen Mietstufe, die beim Wohngeld Anwendung findet.

<sup>6</sup>Lebt die Antragstellerin mit einer oder mehreren anderen Personen (insbesondere eigenen Kindern) in einer Haushalts- und Wirtschaftsgemeinschaft, so ist deren Einkommen gemeinsam zu berücksichtigen.

<sup>7</sup>Für jede weitere Person erhöht sich die Einkommensgrenze um den aktuell festgelegten Freibetrag.

(4) <sup>1</sup>Zahlt die Antragstellerin Unterhalt für ein eigenes Kind, welches sich nicht im Haushalt befindet, erhöht sich die Einkommensgrenze um den Unterhalt für das Kind, maximal jedoch 350 Euro.

(5) <sup>1</sup>Leben zwei Antragsteller in einer Lebenspartnerschaft oder Ehe zusammen, sind Einkommen und Freibeträge gemeinsam zu berücksichtigen.

## § 4 Form und Fristen

(1) <sup>1</sup>Der Antrag ist persönlich und schriftlich zu den angegebenen Öffnungszeiten im Servicebüro zu stellen.

(2) <sup>1</sup>Ein Antrag, welcher die prinzipielle Bedürftigkeit nach § 2 Abs. 8 bescheinigen soll, kann jederzeit gestellt werden.

(3) <sup>1</sup>Die Antragsfrist endet einen Monat nach Beginn des Semesters auf das sich der Antrag bezieht. <sup>2</sup>Sie wird semesterweise auf der Website des StuRa veröffentlicht. <sup>3</sup>Als Tag des Antragsvorgangs gilt der Tag des Eingangs beim Studentenrat der TU Dresden.

## §5 Verfahren

(1) <sup>1</sup>Der Antrag ist fristgerecht einzureichen. <sup>2</sup>Zur Antragstellung soll das zur Verfügung gestellte Formblatt verwendet werden. <sup>3</sup>Ein verspätet eingegangener Antrag kann berücksichtigt werden, wenn für die Verspätung besondere, nicht durch den Antragsteller zu vertretende Gründe vorliegen. <sup>4</sup>Zur Wahrung der Frist kann der Antrag vorläufig auch formlos gestellt werden. <sup>5</sup>Das ausgefüllte Formblatt ist in jedem Fall gemeinsam mit den restlichen Unterlagen nachzureichen.

(2) <sup>1</sup>Der Antrag muss folgende Unterlagen enthalten:

- Angaben zur Person (Antragsformular)
- eine Immatrikulationsbescheinigung sowie eine Kopie des Studentenausweises
- eine schriftliche Darlegung der aktuellen Situation und Notlage sowie der Bemühungen zur Verbesserung der Situation
- Nachweis Kranken- und Pflegeversicherung
- Nachweis Miet- und Wohnnebenkosten
- die Einkommensverhältnisse nach § 3 dieser Ordnung unterbrechungsfrei für 3 Monate in Kopie in Form von Kontoauszügen
- eine Kopie des letzten BAföG-Bescheides
- optional ein Beleg über die Kosten eines Internetanschlusses
- optional eine Kopie des Rundfunkbeitragsbescheides.

<sup>2</sup>Ist offensichtlich, dass die Antragstellerin nicht BAföG-berechtigt ist, kann auf den Ablehnungsbescheid verzichtet werden. <sup>3</sup>Es muss ein Personaldokument zur Feststellung der Identität vorgelegt werden.

(3) <sup>1</sup>Fehlende Unterlagen sind nach Aufforderung nachzureichen. <sup>2</sup>Werden fehlende Unterlagen innerhalb einer festgesetzten Frist nicht nachgereicht, wird der Antrag abgelehnt.

(4) <sup>1</sup>Die Geschäftsführerin Soziales bzw. die von der Geschäftsführung bestimmte Verantwortliche erarbeitet eine Stellungnahme und legt diese sowie den vollständigen Antrag der Geschäftsführung des Studentenrates zur Beschlussfassung vor.

(5) <sup>1</sup>Ist ein Antrag bis Ende des Semesters, auf den er sich bezieht, nicht vollständig eingereicht worden, kann dieser abgelehnt werden.

## §6 Haushaltsvorbehalt und Rechtsanspruch

(1) <sup>1</sup>Die Rückerstattung wird aus Mitteln der Studentenschaft der TU Dresden geleistet. <sup>2</sup>Für die Rückerstattung im Sinne dieser Ordnung ist ein eigenständiger Haushaltstitel im Haushalt der Studentenschaft zu führen.

(2) <sup>1</sup>Eine Rückerstattung erfolgt unter dem Vorbehalt verfügbarer Mittel im zugeordneten Haushaltstitel.

(3) <sup>1</sup>Auf die Rückerstattung des Beitrages besteht kein Rechtsanspruch.

(4) <sup>1</sup>Bei Widerspruch ist der Antrag durch die Geschäftsführerin Soziales, wenn von einer beauftragten Verantwortlichen bearbeitet, zu prüfen. <sup>2</sup>Ist der Antrag durch die Geschäftsführerin Soziales bearbeitet worden, ist er von einer anderen Geschäftsführerin zu prüfen. <sup>3</sup>Ist ein Antrag nach Widerspruch angenommen worden, kann eine Rückerstattung nur erfolgen, wenn entsprechende Mittel verfügbar sind.

## §7 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

(1) <sup>1</sup>Die Härtefallordnung tritt zum 29.03.2019 in Kraft. <sup>2</sup>Gleichzeitig treten alle vorherigen Fassungen außer Kraft.

(2) <sup>1</sup>Diese Härtefallordnung findet erstmals Anwendung für alle Anträge, die für das Sommersemester 2019 gestellt werden, für Anträge aus vorherigen Semestern findet die damals gültige Ordnung Anwendung.

Vollständig neu beschlossen am 13. November 2008

Geändert am 01. Oktober 2010

§ 2 Abs. 1 Satz 1 geändert in „350 Euro“;

§ 2 Abs. 1 Satz 1 geändert in „Mietkosten (inklusive aller Wohnnebenkosten)“;

§ 3 Abs. 1 Satz 1 geändert in „Einkünfte“;

§ 3 Abs. 3 neu formuliert;

§ 3 Abs. 4 Satz 1 geändert in „Person/en (insbesondere eigenen Kindern)“;

§ 3 Abs. 4 Satz 2 geändert in „350 Euro“;

§ 3 Abs. 4 NEU;

§ 7 neu formuliert;

Geändert am 25.10.2013

§ 1 Abs. 1 Satz 1 „Studentinnen“ geändert in „Mitgliedern der Studentenschaft“;  
§ 2 Abs. 1 Satz 1 „Studentinnen“ geändert in „Mitglieder der Studentenschaft“ und Verschiebung der Einkommensgrenze in § 3 Abs. 4 Satz 1;  
§ 3 Abs. 4 Satz 1 eingefügt aus § 2 Abs. 1 Satz 1 und Änderung der Grenze von 350 Euro auf 370 Euro, Spezifizierung der Nebenkosten, Aufnahme der Krankenversicherung;  
§ 3 Abs. 6 NEU; § 4 Abs. 1 Satz 1 „Verantwortlichen für Soziales“ geändert zu „Verantwortlichen“;  
§ 5 Abs. 1 Satz 4 NEU;  
§ 5 Abs. 2 Satz 1 vervollständigt;  
§ 5 Abs. 2 Satz 2 NEU;  
§ 5 Abs. 4 Satz 1 „Verantwortliche für Soziales“ geändert zu „Verantwortliche“;  
§ 6 Abs. 4 NEU;  
§ 7 Abs. 1 Datum aktualisiert;

Geändert am 08.01.2015

§ 1 Abs. 1 Satz 1 „und wirtschaftlichen“ ergänzt;  
§ 2 Abs. 3 Satz 1 „chronischer Krankheit oder Behinderung“ ergänzt;  
§ 3 Abs. 1 Satz 1 „freiwillige Zuwendungen Dritter,“ ergänzt;  
§ 3 Abs. 3 Satz 1 „und sonstigen Darlehen“ ergänzt;  
§ 3 Abs. 3 Satz 2 NEU;  
§ 3 Abs. 4 Satz 1-4 und 6 NEU;  
§ 3 Abs. 6 Satz 1 „eingetragenen“ gestrichen;  
§ 5 Abs. 2 Satz 1 und 3 NEU;  
§ 7 Inkrafttreten aktualisiert;

Geändert am 04.06.2015

§ 1 Abs. 1 Satz 1 „den Semesterbeitrag für das Studentenwerk“ ergänzt;

Geändert am 28.03.2019

§ 2 Abs. 2 ergänzt;  
§ 2 Abs. 4 ersetzt durch „Beurlaubte Studentinnen sind grundsätzlich antragsberechtigt.“;  
§ 2 Abs. 5 „Für Studierende im Teilzeitstudium gilt die auf der aktuellsten Immatrikulationsbescheinigung festgesetzte Regelstudienzeit als maßgebend.“ ergänzt;  
§ 2 Abs. 7 „4“ ersetzt durch „5“;  
§ 2 Abs. 8 ergänzt;  
§ 3 Abs. 3 Satz 1 gestrichen;  
§ 3 Abs. 3 „Gebühren für einen Internetanschluss (sofern diese selbst zu entrichten sind)“ und „Selbst zu zahlender Rundfunkbeitrag kann bei entsprechendem Nachweis ebenfalls angerechnet werden.“ ergänzt;  
§ 3 Abs. 3 „Der Freibetrag kann semesterweise vom Plenum mit einfacher Mehrheit geändert werden, muss jedoch mindestens 320€ pro Person betragen und auf der Homepage veröffentlicht werden. <sup>2</sup>Er gilt, solange kein neuer Beschluss gefällt wurde.“ ersetzt durch „Der Freibetrag wird jährlich vom Plenum im Oktober mit einfacher Mehrheit festgelegt, muss jedoch mindestens 340€ pro Person betragen und auf der Homepage veröffentlicht werden. <sup>3</sup>Er gilt, solange kein neuer Beschluss gefällt wurde.“;  
§ 4 Abs. 1 „ bei der Geschäftsführerin Soziales bzw. bei der von der Geschäftsführung bestimmten Verantwortlichen“ ersetzt durch „ zu den angegebenen Öffnungszeiten im Servicebüro“;  
§ 4 Abs. 2 ergänzt;  
§ 4 Abs. 3 „ Sie wird semesterweise auf der Website des StuRa veröffentlicht.“ ergänzt;  
§ 5 Abs. 2 Anstrich 6 „in Form von Kontoauszügen“ ergänzt;  
§ 5 Abs. 2 Anstrich 7 „BAföG-Ablehnungsbescheid“ ersetzt durch „letzten BAföG-Bescheides“;  
§ 5 Abs. 2 Anstrich 8 ergänzt;  
§ 5 Abs. 2 Anstrich 9 ergänzt;  
§ 5 Abs. 5 ergänzt;  
§ 7 Abs. 1 Datum des Inkrafttretens angepasst;  
§ 7 Abs. 1 „tritt die Härtefallordnung vom 01.04.2014“ ersetzt durch „treten alle vorherigen Fassungen“;  
§ 7 Abs. 2 „2015“ ersetzt durch „2019“;  
§ 7 Abs. 2 „ und Anträge des Wintersemesters 2014/2015 die bereits bearbeitet sind,“ sowie „Die Änderung vom 04.06.2015 findet erstmals Anwendung für alle Anträge, die für das Wintersemester 2015/2016 gestellt werden.“ gestrichen;

Nathalie Schmidt  
GF Soziales

Tim Rothbarth  
GF Finanzen